

Monnentspreis für Nichtmitglieder 75 Pf. pro Quartal erst. Bestellgels. Man abemirt bei allen Zeitungs- speitionen und Bestellungen, sowie in der Expedition.

# Buchbinder-Zeitung.

Redaktion und Expedition: A. Dietrich, Stuttgart Poststraße 30.

Inserate pro 5spaltige Zeile 20 Pf. für Verbandsangehörige 10 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag in Briefmarken beizulegen, ansonsten in Geld zu überreichen.

Organ des Verbandes der in Buchbinderei, der Papier- und Ledergalanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 41.

Stuttgart, Sonnabend den 9. Oktober 1897.

13. Jahrgang.

## Kollegen und Kolleginnen! Unterlaßt nie die Agitation für Euren Verband!

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Den Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß in W.-Wilhelmsbaven eine Zahlstelle gebildet wurde. Von wann ab daselbst Unterstützung ausgezahlt wird, kann erst später bekannt gegeben werden.

2. Ausgeschlossen nach der Bestimmung des § 6 b im Statut wurde in Düsseldorf der Buchbinder Josef Huch (Buchnummer 4660), geb. in Ottmaching am 11. Juni 1873.

3. Die Zahlstelle in Lahr i. B. ist aufgehoben worden.

4. An die Bevollmächtigten sämtlicher Zahlstellen und Gauen, sowie an die örtlichen Vertrauenspersonen, welche im Adressenverzeichnis aufgeführt sind, wurden in den letzten Tagen die Fragebogen für **Verksruben- und Ortsstatistik** zum Versandt gebracht. Da die statistischen Erhebungen am 1. November d. J. überall vorgenommen werden sollen, ergeht das Ersuchen an die Bevollmächtigten und Vertrauensleute, die Verksruben-Fragebogen umgehend auszugeben und dafür besorgt zu sein, daß eine allgemeine Beteiligung an den statistischen Aufnahmen und eine gewissenhafte Beantwortung der Fragen erfolgt.

Um auch die Hausindustrie resp. Heimarbeit bei der diesmaligen statistischen Erhebung zu berücksichtigen, werden im Laufe der nächsten Woche besondere Fragebogen hierfür den Zahlstellen Berlin, Offenbach a. M. und Girsch zu gehen; sollten auch in anderen Städten für Heimarbeit Fragebogen gewünscht werden, so ersuchen wir um sofortige Nachricht.

Die Ergebnisse der Verksrubenstatistik sind von den Bevollmächtigten zusammen zu stellen, in die Formulare für Ortsstatistik einzutragen und letztere Fragebogen dann bis 1. Dezember an Unterzeichneten einzusenden.

Die große Bedeutung der Statistik und der enorme Wert vollständig zuverlässiger Angaben für alle Berufsangehörigen läßt erwarten, daß sich sämtliche in den Aufnahmen beteiligten Kollegen und Kolleginnen mit Ernst, Eifer und strenger Wahrheitsliebe ihrer Aufgabe unterziehen werden.

### Der Verbandsvorstand. J. A. Dietrich.

### Zur Abstimmung!

Der Antrag der Zahlstelle Mannheim, betreffend Abänderung des Paragraphen 22 des Statuts, den Verwaltungsstellen nur 15 Prozent, anstatt wie bisher 20 Prozent der Einnahmen am Orte zu belassen, ist eine unmittelbare Folge des Antrages des Verbandsaufschusses. Die Zahlstelle Mannheim ging von dem Prinzip aus, unter keinen Umständen die Einnahmen der Verbandsstelle verringert zu sehen. Sie legt voraus, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß der Antrag des Aufschusses doch die Majorität erhalten könnte, was in der jetzigen Zeit, in welcher unsere Forderungen an den meisten Orten in Deutschland noch durchzusetzen sind, für unsere Verbandsstelle, also für die Fonds zur Unterstützung der noch bevorstehenden Kämpfe von so großer Tragweite wären, um nicht rechtzeitig zu versuchen, diesen eventuellen Ausfall zu vermeiden, respektive zu beden. Bedenken wir, daß in den kleineren und mittleren Zahlstellen meistens die jährliche Arbeitszeit besteht und diese daher es sich zur anhängenden Aufgabe machen müssen, vorwärts zu kommen, das heißt auch die neunmündige Arbeitszeit zu erringen, wenn sie nicht als Hemmschuh des Ganges dastehen wollen. Welche Kämpfe da noch bevorstehen und welche Mittel noch aufgebracht werden müssen, ist nicht voraus zu sehen.

Deshalb wir nur zu geben, daß manche Zahlstelle nicht ganz mit dem beantragten 15 Prozent auskommen kann, aber der größere Teil derselben wohl seine örtlichen Ausgaben damit zu decken vermag, so raten wir jenen Zahlstellen, welche damit nicht auskommen, den bisherigen Beitrag von 35 Pf. einfach weiter zu erheben und die überschüssigen 5 Pf. ihrer Lokalkasse zu gute kommen zu lassen, wie wir es hier wohl auch machen müssen. Damit wäre die Sache zu regeln. Die Verbandsstelle würde dabei keinen Ausfall haben und die Zahlstellen ebenfalls nicht.

Nun werden natürlich die Berliner mit 15 Prozent nicht auskommen wollen (den Grund zu dieser Behauptung entnehme ich dem letzten Monatsbericht), trotzdem sie, wir wollen einmal die Mitgliederzahl auf 1500 männliche und 500 weibliche normieren,

eine vierteljährliche Einnahme für ihre Lokalkasse von rund 1023 Mark bei 30 Pf. Beitrag haben, was doch eine Summe ist, welche unbedingt ausreichen muß, die örtlichen Ausgaben der Zahlstelle Berlin für ein Vierteljahr zu decken.

Über die weiteren Anträge gestaltet sich nun der Unterfertigte seine persönliche Meinung zum Ausdruck zu bringen, da eine Stellungnahme seitens dieser Lokalkasse erst in nächster Versammlung erfolgt. Der ersten Frage (Antrag Frey II) des Statutwechsels muß ich aus prinzipiellen Gründen meine Zustimmung versagen. Wir haben in allen unseren Abstimmungen die einfache Majorität statutarisch festgelegt. Auch der Antrag Frey II selbst soll mit einfacher Stimmenmehrheit als angenommen gelten, während er von der Prinzipienfrage für Verabschiedung der Beiträge zwei Drittel der abgegebenen Stimmen verlangt. In dieser Art liegt eine gewisse Unkorrektheit, die sich rechtlich der einfachen Majorität gegenüber nie rechtfertigen läßt. Ich glaube annehmen zu sollen, daß alle Fragen nur dann gerecht behandelt sind, wenn sie mit gleichem Maße gemessen, resp. mit einer Abstimmungsform behandelt werden. Die zweite Frage, die Prinzipienfrage, ist die wichtigste der ganzen Urabstimmung, denn wird diese Frage angenommen, so ist Frage 3 und 4 erledigt, das heißt abgelehnt. Hierfür sollte jeder Kollege stimmen und zwar mit Ja, denn es ist allgemein anerkannt worden, daß wir uns selbst ins Verhängnis schlagen, wollten wir jetzt die Beiträge reduzieren. Die Veranlasser dieser Urabstimmung werden bei 30 Pf. Beitrag ebenso wenig erzielen als bei 35 Pf., und die Beiträge gar noch auf 25 Pf. zu reduzieren, wie die Offenbacher Zahlstelle glaubt, würde den Verband dahin bringen, nur noch vegetieren, aber nicht kämpfen zu können. Ich stelle die Behauptung auf, daß die Arbeiter in Berlin, Offenbach, Pforzheim u. ebenso wenig bei einem geringeren Beitrag dem Verbande beitreten, als bei dem jetzigen; denn früher, als wir nur 25 Pf. Beitrag hatten, sind sie auch nicht zu bewegen gewesen, beizutreten. Wir können umhin kommen wegen einer Nebenbedingung den ganzen Verband auszu-Trennen setzen, zudem in derselben mindestens gerade so hohe Löhne gezahlt werden, als in den anderen Branchen. Wir finden Kollegen, welche 12, 13 und 14 Mk. wöchentlich verdienen und pünktlich ihre Beiträge abführen. Von 8 und 9 Mk., wie Kollege Harber meint, ist wohl auch in Berlin nur ganz vereinzelt zu reden und diese können dann überhaupt gar keine Beiträge leisten.

Der sechste Antrag (Glogau, Königsgau, Heilbronn) muß auch bei der jetzigen Beitragsgröße unbedingt abgelehnt werden und glaube ich, daß der Antrag gestellt wurde, ohne vorher irgend eine Rechnung aufgestellt zu haben. Es ist jetzt gerade ein Jahr her, daß durch die Bewegung ein Waffeneintritt in den Verband erfolgte; die Kollegen, die damals eingetreten und heute noch dem Verband angehören, sind also wohl berechtigt für die Arbeitslosenunterstützung, was man wohl in allen Zahlstellen in diesem Vierteljahr bemerkt haben dürfte. Wir haben beinahe die dreifache Reiseunterstützung ausgezahlt, als im ersten und zweiten Quartal und mehr als das Doppelte wie im gleichen Zeitraum vorigen Jahres. Die Sache ist aber leicht zu erklären. Von den Neueingetretenen ist und der Teil geblieben, der auf die Reise kommt oder Arbeitslosenunterstützung bezieht, während der andere Teil — also diejenigen, welche durch ihre Branche oder sonst an den Ort gebunden sind, ausgetreten resp. einfach nicht weiter bezahlet und sich erst wieder einfinden, wenn durch eine Bewegung Streikunterstützung bezahlt wird — ganz ausfällt.

Eher ist anzunehmen, daß wir eventuell durch eine spätere Urabstimmung dazu übergehen müssen, die jetzige Unterstützungsgröße herabzusetzen, da eine Ausflucht auf eine anbauende gute Geschäftskonjunktur nicht vorhanden ist, vielmehr die jetzige halb ihrem Ende entgegengeht. In letzterem Falle würde die Höhe der jetzigen Unterstützung es schon schwer machen, für die Verbandskasse etwas zu erwärmen, geschweige denn, wenn noch höhere Unterstützungsgröße gezahlt werden sollen. Also lehne Jeder diesen Antrag ab, er verdient keine Beachtung.

Jeder Kollege, der Interesse am Verband hat und dem es darauf ankommt, einem Verband anzugehören, welcher kampffähig ist, stimmt für Beibehaltung der jetzigen Beiträge und lehnt das Andere ab zu Nutzen und Frommen unserer Organisation!

Mannheim. J. A. Schmidt.

### Zur Beitragsfrage.

Immer noch bewegt sich die Polemik betreffs der Beiträge um die Festhaltung der 35 Pf. und im Weiteren ist man auch heute noch in den interessierten Kreisen unserer Kollegen der Meinung, daß die erhöhten Beiträge das alleinige Mittel sind, der Organisation eine Macht zu verleihen, welche allen Eindrücken des angeschwollenen Kapitalismus Trotz bieten kann. Nicht beachtet werden dabei alle die-

jenigen Verhältnisse, welche notwendiger Weise vorausgehen müssen, um eine Masse heranzubilden, welche auch im Stande ist, die betreffenden Beiträge aus innerer Ueberzeugung auf die Dauer zu zahlen. Oder sind die betreffenden Kritikerfreier der Meinung, daß bei dem heutigen Stande der Mitgliederzahl der Verband die Kraft und Macht besitzt, unbehindert durch die aufstrebende Masse, bei 35 Pf. das zu erreichen, was er Grund seines Zweckes zu erreichen hat! Wenn dem so wäre, so könnten wir mit Kollege Mehrmann sprechen: „Küß bis ans Herz“, und über die ganze Angelegenheit zur Tagesordnung übergehen.

Im Weiteren sind die polemisierenden Kollegen im übrigen Deutschland der Meinung, daß hier in Berlin nur die bösen Lederarbeiter nicht Dreizehn parieren. Aber weit gefehlt, denn auch alle anderen Branchen und nicht minder die Kollegen der Buchbinderbranche, welche ja bekanntlich die „Zaungarde der Wissenschaft“ sind, sind bei den Streikzügen stark vertreten, und ich habe sie im Verband, wenn sie nicht in größeren Betrieben zusammenarbeiten würden, was ja immer ein förderndes Mittel der Solidarität ist, und wenn im Weiteren der Berufsbedingte die Käuigen nicht würde auf die Hülsenzüge treten, so würde die Laubei der Buchbinder nicht hinter der Lederarbeiter zurückbleiben. Denn letztere sind in überwiegender Mehrzahl Hausindustrielle und stehen in Folge dessen in isoliertem Arbeitsverhältnis und sind in dieser Frage sich vollständig selbst überlassen.

Wer nun im Weiteren der Meinung ist, daß die festsitzende Konferenz auf Drängen der Lederarbeiter anberaumt wurde, der befindet sich im Irrtum; hier war der Wunsch der Vater des Gebanten, und die Lederarbeiter, durch ihre Vorgesetzte als das Schmerzenskind im Verband betrachtet, waren die geeignetsten, von den anderen als Sturmböe benutzt zu werden.

Wenn das Schicksal des Verbandes von einer schwach besetzten Lederarbeiterversammlung abhängt, wie Kollege Frey II sich ungefähr ausdrückt, dann wäre der Verband nach meiner Meinung überhaupt schon ein absterbender Körper, der durch ein solches Wandaus auch nicht mehr galvanisiert werden könnte. Ferner sei erwähnt, daß die Lederarbeiterversammlung nicht zum Zweck einer neu zu gründenden Organisation einberufen wurde, sondern eine Agitationsoberversammlung im Interesse des Verbandes sein sollte, und ich kann dem Kollegen Mehrmann die Versicherung geben, wäre die Versammlung zwecks Gründung einer neuen Organisation einberufen worden, so wäre dieselbe überflüssig gewesen; so galt also nicht der schwache Besuch als Antipathie gegen die neu zu gründende Organisation, sondern im Gegenteil: dem bestehenden Verband.

Im Weiteren sei noch richtig gestellt, daß die Lederarbeiter nicht Willens sind, eine Lokalorganisation, sondern einen Verband der Portefeuille- und Ledergalanterie-Arbeiter Deutschlands zu gründen, weil sie von der Ansicht ausgehen, daß eine berufliche Vereinigung keinen allzu großen Verwaltungskörper braucht, weil die betreffende Branche nur an wenigen Orten Deutschlands vertreten ist und die zu bildenden Organismen für die zu zahlenden Beiträge, wie Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, nicht in dem Maße in Anspruch genommen werden, wie es in anderen Branchen der Fall ist, weil die Lederarbeiter mehr an den Ort gebunden sind und in Folge der Hausindustrie wohl eine lange stauende Zeit im Jahre über durchnach haben, jedoch nicht in der Weise arbeitslos werden, wie ein in großen Betrieben beschäftigter Kollege, und so resultieren sich aus der angewiesenen schlechten Löhne von 8 bis 9 Mark.

Wenn ferner noch behauptet wird, daß die schlechten Löhne der Lederarbeiter übertrieben sind und daß der Verdienst dem der Buchbinder gleichkommt und sogar noch übertritt, so beruht eine solche Behauptung auf einem Irrtum und kann nur von einem Kollegen behauptet werden, der glücklicherweise in der Lage ist, in einer Werkstätte zu arbeiten, wo er das ganze Jahr so leidlich beschäftigt wird, mer aber von Mitte Dezember bis Mitte Juni mit 11, 10 und 9 Mk. sich durchscheiden muß, wie es Schreiber dieses in diesem Jahre passirt ist, der wird wohl diese Behauptung nicht aufstellen.

Um nun zu der neu gedachten Organisation zurückzukommen, sei noch bemerkt, daß die zwei oben angeführten Faktoren nicht allzu große Summen verschlingen würden und so könnte man bei niedrigen Beiträgen und in Folge des Waffeneintritts — das heißt, insofern sich derselbe vollzieht — dieselben Resultate erzielen, welche der bestehende Verband durch hohe Beiträge zu erringen gedenkt. Da nun alle diese Erscheinungen nur den Keim der Zersplitterung in sich tragen und geeignet sind, mehr Schäden auf der einen Seite anzurichten, als Vortheile auf der anderen Seite durch diese paar Pfennige mehr Beiträge errungen werden, darum frage ich Euch, Kollegen: Seit Ihr wirklich der Meinung, daß bei dem heutigen Stande der Mitgliederzahl das gefestete Ziel zu erreichen, oder bei einem Beitrag von

35 Pf. die Woche so viel Mitglieder zu gewinnen sind, um solches zu ermöglichen? Ich sage nein! Und wenn wir eine Mark pro Woche würden nehmen, so kämen wir auch noch nicht ein Atom weiter, denn da ist die Arbeiterklasse Deutschlands dem schnellen Entlohnungsprozess des Kapitalismus viel zu weit zurückgeblieben, um das die Rücke zielbewußte Minorität dem tiefen Kapitalismus nur im geringsten imponieren könnte. Wer den Teufel durch Besetzung ausstreiben will, muß sich auch seiner Klugheit bedienen.

Der Kapitalismus schmückt seine blenden Magazine und alle seine auf die Leiden und Instinkte des Menschen berechneten Waarenhäuser mit all der Reuzer entsprechendem Land aus und zieht so aus der verdorbenen Masse Kapitalien heraus, mit seiner präherischen Willigkeit bringt er seine Schandwaare an den Mann. Die Bourgeoisie verfährt mit raffinierter Klugheit die größten Pfaffen in Gold zu verwandeln, überall wird von ihr als Reskämme die Willigkeit auf den Schild erhoben. Und eine Gesellschaft, welche gezwungen ist, unter solchen Verhältnissen zu leben, wird auch von dieser Korruption beeinflusst, und von einer solchen Masse kann man nicht verlangen, daß sie Verstand und Opferwilligkeit für edlere und kulturelle Bestrebungen besitzt.

Selbst in unseren eigenen Reihen treten diese Erscheinungen mit einer Deutlichkeit hervor, daß wir gar nicht in die Ferne zu schweifen brauchen. Anstatt sich an einer so bedeutungsvollen Frage mit Interesse zu beteiligen, zieht man es vor, dem Verbande den Rücken zu kehren mit dem Bemerkte, es ist mir zu theuer. Und zwar geschieht das von Kollegen, welche Jahre lang dem Verbande angehört. Diese Thatsachen sollte man bei Festlegung der Beiträge doch auch mit in Rechnung ziehen. Will man wirklich eine Kollegenchaft, welche mit allen zeitgemäßen Eigenschaften ausgerüstet ist, heranzubilden, so darf man nicht die einzige Zufluchtsstätte des hoch freitenden und Bildungstrebenden Proletariats durch hohe Beiträge verschließen. Die geistige und ökonomische Ausbildung des Arbeiters ist die Vorbedingung für die zu leistenden Beiträge. So lange wir unsere inneren Reformen in den Gegenstand zur Masse stellen, werden wir das Gegenteil von dem erzielen, was wir wollen. Oder ist die Meinung vorherrschend, daß zu erstrebende Ziel aus ohne die rückfälligen Elemente zu erreichen? Nun dann hätte man wohl die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Eine Organisation, deren Tätigkeit weit über den engeren Rahmen hinausgeht, das auch mit den nicht in ihrem Bereich lebenden Verhältnissen zu rechnen, denn so wie der letzte Streit erwies hat, daß eine gewisse Kriegslage notwendig ist, so hat er auch erwiesen, daß ein organisierter Kollege bei geringen Beiträgen immer noch ein viel besserer Kampfgenosse ist, als ein nichtorganisierter. Das Bewußtsein der Zugehörigkeit erweckt ein viel höheres Pflichtgefühl in Muth und Ausdauer, und das ist es, worauf es im Kampfe vor allen Dingen ankommt, denn jene ausgenutzten indifferenten Kollegen, die überhaupt nichts für die Organisation opfern, um deren Beteiligung bei Lohnkämpfen man noch bitten muß, halten nur so lange Stange, bis sie die Kassen der organisierten Kollegen geleert haben, dann ziehen sie sich wieder in ihren Schmolzwinkel zurück und werden Streikbrecher. Warum? Weil ihnen das höhere Bewußtsein und der selbstbewußte Halt im Kampfe fehlt. Und jene wollen wir durch erhöhte Beiträge der Organisation noch mehr entfremden und dem Schicksal überlassen? Oder ist man ferner der Ansicht, daß durch eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, wie es in letzter Zeit von den Vertheilern der 35 Pf. ganz besonders hervorgerufen wurde, möglich ist, die Indifferenten heranzuziehen; um so durch Vertheilung rein egoistischer Triebe Kampfgenosse heranzubilden, die den Forderungen eines zielbewußten Kollegen voll und ganz entsprechen? Die Thatsachen haben uns auch hier ganz etwas anderes denken gelehrt. Jene, welche aus solchen Gründen der Organisation beitreten, bleiben auch nur so lange dabei, bis sie dieses Recht wie auf die Reize ausgebeutet haben, und ziehen sich, sobald sie davon keinen Gebrauch mehr machen können, von der Vereinigung zurück. Biegt man die Konsequenz dieser Thats. so können die am Orte anhängigen und in Arbeit stehenden Kollegen mit demselben Rechte sagen: Wir können von den gebotenen Vortheilen keinen Gebrauch machen, wir sind immer nur zum Zahlen verpflichtet, in Folge dessen hat die Organisation für uns keinen Zweck. Wer auf die schiefse Ebene geräth, immer die materiellen Vortheile in den Vordergrund zu drängen, wird auch am Ende von ihnen beherrscht, denn wo rein egoistische Zwecke die Oberhand gewinnen, da ist es mit der kulturellen Mission der Organisation vorbei.

Nicht Eigennutz soll die Triebfeder zum Eintritt in den Verband sein, sondern Förderung des Guten um des Guten willen. Die Wege zu ebnen, daß jedem Kollegen die Gelegenheit gegeben ist auch bei





